



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

### **18. Sitzung (öffentlich)**

19. April 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1 Gespräch mit dem Gesamtvorstand der NRW.BANK</b>	<b>6</b>
– Vortrag	6
– Aussprache	11
<b>2 Gespräch mit dem Vorstand der Ersten Abwicklungsanstalt</b>	<b>15</b>
– Vortrag	15
– Aussprache	20

**3 Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen weiter sichern! 25**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/810  
Ausschussprotokoll 17/172

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AGS)

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der **Ausschuss** den Antrag ab.

**4 Einstellungszusagen für 2019 an Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“ 27**

Vorlage 17/662

Einstimmig stimmt der **Ausschuss** der Vorlage 17/662 zu.

**5 Wohnraumangel braucht mehr Wohnung statt sozialen Wohnungsbau gegen Eigenheimförderung auszuspielen 28**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/816  
Ausschussprotokoll 17/186

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD sowie gegen die Stimmen von SPD und Grünen lehnt der **Ausschuss** den Antrag ab.

**6 Das derzeitige System der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen muss grundlegend überarbeitet werden! Investitionsstau bei Krankenhäusern abbauen ohne Kommunen mehr zu belasten! 29**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/811  
Ausschussprotokoll 17/180

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AGS)

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD sowie bei Stimmenthaltung von Grünen und AfD lehnt der **Ausschuss** den Antrag ab.

**7 Über- und außerplanmäßige Ausgabe im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2017 sowie unter 25.000 Euro im gesamten Haushaltsjahr 2017** 33

Vorlage 17/667

Einstimmig stimmt der **Ausschuss** der Vorlage 17/667 zu.

**8 Umsetzung des Grundsatzes der Rehabilitation vor Versorgung: Unterrichtung des Landtags gemäß § 6b Absatz 5 HHG 2017** 34

Vorlage 17/665

– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) 34

**9 Auswirkungen des Koalitionsvertrages und der neuen Bundesregierung auf den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen (s. Anlage 3)** 36

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/717

– Aussprache 36

**10 Einnahmeausfälle bei der Kfz-Steuer – Autokonzerne in der Pflicht? (s. Anlage 4)** 38

Bericht der Landesregierung

Vorlage 17/718

– Aussprache 38

<b>11 Sachstand Unterhaltsvorschussgesetz (s. Anlage 4)</b>	<b>39</b>
Bericht der Landesregierung Vorlage 17/725	
– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF)	39
– Aussprache	40
<b>12 Verschiedenes</b>	<b>41</b>

\* \* \*

## 12 Verschiedenes

**Vorsitzender Martin Börschel** teilt mit, vor der Sitzung habe eine Obleuterunde stattgefunden, um sich über die Haushaltsklausur zu verständigen. Aufgrund mangelnder Hotelkapazität respektive bezahlbarer Hotelkapazität könne die Haushaltsklausur in diesem Jahr nicht in Köln stattfinden. In der Obleuterunde hätten zwei Varianten zur Diskussion gestanden, entweder die Klausurtagung auf eine eintägige Tagung zu reduzieren und im Landtag durchzuführen oder es bei einer auswärtigen Sitzung zu belassen und das Vorschlagsrecht auf einen Ort weiterwandern zu lassen. Der Abgeordnete Moritz habe Solingen ins Gespräch gebracht. – Der Vorsitzende stellt das Einverständnis des **Ausschusses** fest, es bei der ursprünglichen Terminierung 26. und 27. September 2018 zu belassen und den Ort organisatorisch so umzulegen, dass in Solingen getagt werde.

Zu dem Antrag der SPD „Effektive Bekämpfung der Geldwäsche-Kriminalität“ Drucksache 17/1991 führe der federführende Innenausschuss am 3. Mai um 10:00 Uhr eine Anhörung durch. Da diese Anhörung zeitgleich zur Sitzung des HFA stattfinde, bleibe eine nachträgliche Beteiligung an dieser Anhörung.

Der federführende Ausschuss für Schule und Bildung führe zu dem Antrag der SPD „Abitur nach 9 Jahren – (Oberstufen)Reform richtig angehen“ am 2. Mai eine Anhörung durch. – Der **Ausschuss** beschließt, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

Der Antrag von CDU und FDP „Zufriedenheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stärken und hohe Krankenstände in der Landesverwaltung durch ein aktives behördliches Gesundheitsmanagement senken“ sei durch das Plenum zur federführenden Beratung an den HFA und zur Mitberatung an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Gesundheit und Soziales überwiesen worden. Im Unterausschuss Personal sei in der Sitzung am 17. April 2018 die Mitberatung ohne Abgabe eines Votums abgeschlossen worden. Weitergehende Verfahrensvorschläge seien dort nicht angekündigt worden. Vor dem Hintergrund frage er, ob, wenn am 3. Mai 2018 die Voten der beiden mitberatenden Ausschüsse vorlägen, dann über den Antrag abgestimmt werden könne. – Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts an eine EU-Verordnung“ sei durch das Plenum am 1. März 2018 zur federführenden Beratung an den Hauptausschuss sowie zur Mitberatung unter anderem an den HFA überwiesen worden. Am heutigen Tage finde die Anhörung, an der sich der HFA nachrichtlich beteilige, statt. Der federführende Hauptausschuss wolle in seiner Sitzung am 3. Mai ab 11:00 Uhr abschließend beraten. Es bestehe nun die Möglichkeit, auf ein Votum zu verzichten oder am 3. Mai unter einem kurzen TOP 1 vor dem Gespräch mit der Portigon AG ein Votum an den Hauptausschuss abzugeben. – Der **Ausschuss** beschließt, auf ein Votum zu verzichten.

